

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Land. 1866-1938 52 (1918)

308 (10.11.1918)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-25688](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-25688)

Die „Nachrichten“ erscheinen täglich, auch an den Sonntagen. — Vierteljährlicher Bezugspreis 4 M 20 A, durch die Post bezogen mit Postgebühr 4 M 60 A. Man bestelle bei allen Postämtern, in Oldenburg in der Geschäftsstelle Peterstr. 22, Fernspr.-Anschl.: Schriftleitung Nr. 199, Geschäftsstelle Nr. 46.

Nachrichten

für Stadt und Land.

Zeitschrift für oldenburgische Gemeinde- und Landes-Interessen.

Nr. 308.

Oldenburg, Sonntag, den 10. November 1918.

52. Jahrgang.

Berlin unter der roten Fahne.

Abdankung des Kaisers. — Völliger Sieg des Soldatenrats. — Ausrufung der Republik. — Reichskanzler Ebert.

Dies erschüttert stehen wir vor dem Zusammenbruch der alten deutschen Herrschaft, zu der wir so lange bewundert aufgesehen, die wir so oft begeistert und erhoben gefeiert haben. In dem Kaiserthum verkörperte sich uns das geeinigste starke Deutsche Reich, und die Person des letzten Herrschers war uns in ihrer Machtfülle und in ihrem Glanz gleichsam ein Grobmodell der Stellung Deutschlands unter den Weltvölkern. Wer hätte je gedacht, daß Kaiser Wilhelm II. so enden müßte! Daß er dem Willen der feindlichen Mächte weichen, ja, dem Verlangen großer Schichten des eigenen Volkes folgen, selbst seiner Herrschaft ein Ende setzen müßte! Er hielt es für seine Pflicht, auszuharren und hat die Lage damit doch nicht retten können. Wäre er zurückgetreten, ehe Wilson seine Person in dem Notenwechsel erwähnte, wie viel größer wäre sein Abgang gewesen! Stolz und groß, wie seine Regierung, hätte seine letzte Amtshandlung dageslanden, und die Ablegung der Krone würde der Dank eines großen Volkes umstrahlt haben. Bedauerlich, daß dem Monarchen in den entscheidenden Tagen ehrliebe, willensstarke und umsichtige Berater gefehlt haben. Die Stunde der freiwilligen Entlassung ging vorüber; der Kaiser mußte der Gewalt der Ereignisse weichen und seinen Eltern, an den er stets mit hochfliegenden Gedanken und Hoffnungen geknüpft hat, in das dunkle Nichts verfallen lassen.

Vom Balkon des Kaiserpalastes in Berlin sprach an seiner Stelle Liebkecht zum Volk, in der Säulenhalle des Reichstagsgebäudes redeten Scheidemann und Ebert. Der letztere leitete jetzt die Geschichte Deutschlands, das an der Glanzfülle seines Kaiserthums zur Republik ausgerufen wurde. Die jetzigen Staatsleiter nehmen damit eine ungeheure Verantwortung auf die Schultern. Werden sie den Wirbel der Dinge meistern? Wird ihnen das Schwerste, die Ernährung des Volkes sicher zu stellen gelingen? Behalten sie die Lebenskosten in der Gewalt, wenn die Lebensmittelpreise bedrohlich ansteigen werden, und werden sie uns einen ertäglichen Frieden schaffen können? Wird es ihnen möglich werden, die allgemeine deutsche Nationalversammlung aufzusammensetzen und sie über das Schicksal Deutschlands und seine zukünftige Verfassung entscheiden lassen?

Das sind alles Fragen, denen keiner Antwort weiß in diesem Lament der Geschicke. Nur hoffend und vertrauensvoll können wir in die düstere Zukunft blicken mit der Zuversicht auf den gesunden Geist und die unverbrauchte Kraft des deutschen Volkes, das sich in seiner überweltigenden Masse in Ruhe arbeitend und schaffend betätigen will, das seine reichen Anlagen einsehen wird, um die harten Friedensbedingungen zu tragen und die schweren Kriegsschäden auszubessern, das sich wohl dem Schicksal beugt, sich aber niemals ganz zu Boden drücken läßt. Seine Aufgabe ist noch nicht abgeschloffen und seine Zeit noch nicht erfüllt. Fern von allem Ueberdruß wird es der inneren Gewissheit leben, nach all den Kriegen, deren Ende noch kein Mensch absehen kann, seinen Weg wieder einzunehmen unter den Nationen, einstweilen nicht durch äußere Macht bestimmt, sondern durch die unüberwindlichen geistigen Güter, die uns keiner nehmen kann.

Der Rücktritt des Kaisers.

Berlin, 9. Nov. Amtl.

Der Kaiser und Königin hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen.

Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beauftragt dem Regenten die Ernennung des Abg. Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzesentwurfes wegen der sofortigen Ausrufung allgemeiner Wahlen für eine verfassungsmäßige deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes, einschließlich der Volksrechte, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen erwünschten sollen, endgültig festzustellen.

Berlin, 9. November 1918.

Der Reichskanzler: Prinz Max von Baden.

Der Umsturz in Berlin.

Sämtliche sozialdemokratischen Mitglieder, Staatssekretär Scheidemann und die Unterstaatssekretäre Dr. David, Bauer, Schmidt und Aug. Müller sind gestern

vormittag aus der Regierung ausgetreten. Damit war eine völlige Veränderung der innerpolitischen Lage eingetreten.

Von der Terrasse des Reichstages hielt der

Abgeordnete Scheidemann

kurz nach 2 Uhr eine Ansprache an die dort versammelte Menge. Scheidemann sagte:

Arbeiter und Soldaten! Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das alte Morche ist zusammengebrochen. Es lebe die deutsche Republik. Der Abgeordnete Ebert ist zum Reichskanzler ausgerufen. Er ist damit beauftragt worden, eine neue Regierung zusammenzustellen. Dieser Regierung werden alle sozialistischen Richtungen angehören. Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, diesen vollen Sieg des deutschen Volkes auszunutzen. Deshalb bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, daß keine Störung der Sicherheit eintritt. Wir können stolz sein in aller Zukunft auf diesen Tag. Nichts darf eintreten, was man uns später wird vorwerfen können. Ruhe, Ordnung und Sicherheit, das ist es, was wir jetzt brauchen. Der Oberkommandierende in den Marken und der Kriegsmilitär Scheuch werden jetzt einen sozialistischen Begeordneten bekommen. Der Abgeordnete Goehre wird alle Kundgebungen des Kriegsmilitärs Scheuch gegenzeichnen. Also es gilt von jetzt ab, die Kundgebungen, die unterzeichnet sind von Ebert und die Kundgebungen, die unterzeichnet sind mit dem Namen Goehre und Scheuch zu respektieren. Scheidemann schloß: Es lebe die deutsche Republik!

Als Scheidemann später von der Terrasse des Reichstages trat, waren ungefähr 1000 Personen versammelt, darunter ein preussisches Jägerbataillon von etwa 50 Mann, die mit Maschinengewehren und Stahlhelmen erschienen waren. Um 1/3 Uhr erschien der

Kanzler der neuen Republik,

der Abg. Ebert, vor der Terrasse des Reichstages, um dort eine zweite Ansprache zu halten.

Ein Erlaß des Reichskanzlers Ebert.

Berlin, 9. Nov. WTB. Der neue Reichskanzler Ebert erläßt folgende Kundgebung an die deutschen Bürger:

Mitbürger! Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde das Ergebnis der Deffektivität in Kürze berichten. Die neue Regierung wird eine Volkregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.

Mitbürger, ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unserer harret. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährungsfrage des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht. Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören. Es muß die erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhren in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern. Nahrungsmittelkonsum bedeutet Plünderung und Raub und Elend für alle. Die Vermehrung werden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten betroffen werden.

Wer sich an Nahrungsmitteln oder an sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich aufs schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger, ich bitte Euch alle dringend: Verlaßt die Straße, sorgt für Ruhe und Ordnung! Berlin, 9. November 1918.

Der Reichskanzler, Ebert.

Das preussische Staatsministerium hat mit Ausnahme des Kriegsministers und der parlamentarischen Minister seine Entlassung gegeben, um der Umwandlung des Staatsministeriums in ein parlamentarisches Kabinett den Weg zu ebnen. Damit entfallen also auch die in der letzten Zeit von sehr einflussreichen Kreisen erwogenen und betriebenen Möglichkeiten, die Welfen nach Hannover zurückzuführen. Diese Unmöglichkeit ist von besonderer Bedeutung gerade jetzt, nachdem der Herzog von Braunschweig für sich und seine Nachkommen auf die Herrschaft in Braunschweig verzichtet hat.

Aus Berlin erhalten wir weiter folgende Depeschen:

Die Revolutionsbewegung hat in der 5. Nachmittagsstunde mit dem vollen Siege des Arbeiter- und Soldatenrates geendet. Die Kommandantur, alle königlichen Gebäude, das Telegraphenamt, die Fernsprezentrale und die Kasernen sind in dem Besitz des Soldatenrates. Die Bewegung hat sich nahezu unblutig vollzogen. Die aus der Provinz nach Berlin gelangenen Truppen sind auserst in den Aufständigen übergegangen. In den übrigen Kasernen schlossen sich die Truppen mit dem Rufe „Sofortiger Frieden und Heimkehr“ der Bewegung an. Das Militär, das dem Soldatenrat zur Verfügung steht, ist in dem Besitz der Maschinen-Gewehr-Abteilungen von Groß-Berlin. In der fünften Nachmittagsstunde wurde

im Königsbloss die rote Fahne

aufgezogen. Vom Balkon des Schlosses, wo der Kaiser am 2. August 1914 seine berühmte Ansprache an das Volk hielt, sprach Liebknecht zu der Menge. Auch die Hauptwache ist seit 5 Uhr nachmittags in dem Besitz des Soldatenrates. Die Ausrufung der großdeutschen Republik ist bereits in der 5. Nachmittagsstunde erfolgt. Es herrscht verhältnismäßig Ruhe. Ein genauer Ueberblick der Lage wird erst in der 7. Abendstunde möglich sein.

Der Sieg der Revolutionäre ist reiflos.

Das Polizeipräsidium ist vom Soldatenrat besetzt. Alle bisherigen Beamten sind entlassen worden. Unnütz sind sämtliche politischen Bureau's, Ministerium und das Reichsmarineamt vom Soldatenrat besetzt.

Die Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung unter der Kanzlerschaft Eberts sind noch nicht zum Abschluß gelangt. Nach Erreichung ihres Zieles werden die Arbeiter am Montag die Arbeit in allen Betrieben wieder aufnehmen.

Die Kriegszeitung des „Berl. Vol.-Anz.“ ist als kriegsgeheimes Organ vom Soldatenrat verboten. Um 7 Uhr abends waren die letzten Berliner Truppen zu der neuen Regierung übergegangen. Außer vom Königsbloss weht auch vom Palais Kaiser Wilhelm I. die rote Fahne. In Potsdam hat sich gleichzeitig ein Soldatenrat gebildet. Die Hausgarde der Kaiserin hat sich ihr angeschlossen. Eine Gesamtübersicht über die welthistorischen Vorgänge in Berlin wird erst im Laufe des morgigen Vormittages möglich sein.

In den späten Nachmittagsstunden wurden die Umzüge immer lebhafter. Arbeiter- und Soldatenfahnen, dicht untereinander gemischt, zogen mit Hohlrufen auf die internationale Republik, die beim Straßenbumst laut den Wörtern fanden, unter Vorantragung von Fahnen dahin. Ein dichtbesetztes Militärkontingent folgte dem andern. Von Zeit zu Zeit hielt ein Auto an, ein Arbeiterführer oder ein Soldat hielt eine Ansprache und forderte zur Ruhe und Befonnenheit auf. Sie schlossen jedesmal mit einem Hoch auf die Republik. Den Soldaten wurden die Ausrüstungen und Kasernen mit dem Soldatenrat herübergegeben. Zivilisten, die die rote Kranbinde trugen, hatten Karabiner umgehängt. Militärkontingent erwarteten die von außerhalb anlangenden Soldaten, die noch nicht die Entwidelung der Dinge kannten und nahmen ihnen vor sichthaltend die Waffen und Munition ab. Vor den großen Hotels fanden Wachen des Arbeiter- und Soldatenrates.

Berlin, 9. Nov. Nach der „Voll. Anz.“ bleiben den Unabh. Sozialdemokraten in der neuen Regierung drei Sitze vorbehalten. Als Vertreter der nichtsozialistischen Parteien werden die Abg. Erzberger (Ztr.), Gothein (Fortsch. Volksp.) und Freiherr v. Richthofen (Nat.-lib.) in die Regierung eintreten.

Hierzu eine Beilage.

Schon heute müßten haben sich Jägerbataillone der Bewegung zur Verfügung gestellt. In den Kasernen der Garde-Jäger und des Alexander-Regiments hielt ein sozialdemokratischer Abgeordneter eine Ansprache, die den Übergang der Regimenter unter Hochrufen auf den freien deutschen Volksstaat zur Folge hatte.

Wilhelmshavener Matrosen schickten eine Abordnung im Luftschiff. Der Flugplatz Johannisthal ist von Arbeitern besetzt, damit es ohne Schwierigkeiten landen kann.

3000 Kieler Matrosen sind im Anmarsch. Da die Schienen teilweise ausgerissen sind, werden sie zu Fuß einmarschieren. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter ist ihnen entgegengefahren und wird sich an ihre Spitze stellen.

An Alle!

Berlin, 9. Nov. 1918.

Auch hier hat die Revolution einen glänzenden, fast ganz unblutigen Sieg errungen. Der vormittags ausgebrochene Generalkrieg führte zu einer völligen Stilllegung sämtlicher Betriebe. Um die gehetzte Vormittagsstunde ging das Raumburger Jäger-Regiment zum Volke über und schickte eine Delegation in den Arbeiter- und Soldatenrat. Weitere Truppenteile schlossen sich in rascher Folge an. Das Alexander-Regiment ging nach einer Ansprache des Reichstagsabgeordneten Weiss geschlossen zum Volke über. Nur in der Chausseestraße kam es vor der dortigen Kaserne zu einer unbedeutenden Schießerei, bei der ein Arbeiter durch einen Offizier getötet wurde. Der Offizier schied alsbald. In der Stadt herrscht vollkommenste Ruhe und Ordnung. Militärpatrouillen, die sich am Freitag nachts in den Straßen zeigten, sind zurückgezogen. Vor dem „Königs“-Gebäude, das eine Wache von Raumburger Jägern erhielt, wehen rote Fahnen. Es herrscht ungeheurer Jubel und große Begeisterung. Die Kontrolle des RZB. ruht in den Händen der Genossen Wilhelm Carle (Frankfurt) und Richard Kohnmann (Berlin).

Das Wolff-Büro besetzt.

Berlin, 9. Nov. 1918. Das Wolffsche Telegrammen-Büro wurde bereits mittags durch den Arbeiter- und Soldatenrat besetzt. Seit 3 Uhr steht der Nachrichtendienst dieses Büros unter der Vorgesur des Arbeiters und Soldatenrates. Die Besetzung des Büros geschah ohne Schwierigkeiten, sodaß der Nachmittagsdienst für die deutsche Presse keine Verzögerung erleidet.

Allgemein bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zur Lage: Man würde die Stimmung des deutschen Volkes verkennen, wenn man seine Zukunft endgültig aufbauen wollte auf den Gezeignissen dieser unruhigen, durch allerschwerste unkontrollierbare Einflüsse bestimmten Lage. Es ist deshalb durchaus verständlich und vernünftig gewesen, daß man die Abwendung des Sturmes und den Verzicht des Kronprinzins zum Anlaß genommen hat, das Volk selbst über seine neue Zukunft entscheiden zu lassen. Die Männer, die demnach in der gesetzgebenden deutschen Versammlung zusammenfinden werden, haben nicht nur über die Form zu entscheiden, in der die Deutschen weiterleben werden, sondern auch über den Umfang und die Zugewandtheit zum Deutschen Reich. Ein Volk, das vor demartig bedeutenden Aufgaben gestellt ist, kann seine Befähigung dafür nur nachweisen, wenn es sich von jeder Unbestimmtheit fernhält, die den ruhigen Gang der Entwicklung, den raschen Abschluß des Friedens und die neue Aufrichtung des Deutschen Reiches gefährden muß.

Die Bewegung bei der Marine.

Wilhelmshaven, 9. Nov. Das Gerücht, daß das Kriegsschiff „Von der Tann“ auf eine Mine gelaufen ist, bestätigt sich nicht. „Von der Tann“ ist gestern abend unter dem Jubel der Besatzung in Wilhelmshaven eingelaufen, die sich sofort auf die Seite des Soldatenrates stellte.

Hamburg, 9. Nov. Der Kommandant der Division „Sonderburg“ ist erschossen worden. Das Schulschiff „Schleswig“ (?) mit 100 Mann Marineabteilungen an Bord hat versucht, die norwegischen Gewässer zu erreichen, weil es kaltstrenge bleiben wollte. Es ist unterwegs aber von einem anderen Kriegsschiff torpediert worden und mit Mann und Maus untergegangen.

In Wilhelmshaven, Bremerhaven, Bremen herrscht Ruhe unter dem neuen Regiment. In Kiel kamen Plünderungen und Diebstähle vor. Ein Aufruf des Soldatenrates besagt, daß Plünderer sofort erschossen werden. Der Arbeiterrat bezeugt die Nachricht, daß auf den Werften die Arbeit wieder aufgenommen werde, als falsch.

Gerüchte.

Berlin, 9. Nov. Die Gerüchte, daß deutsche See-Kreiskräfte sich der englischen und französischen Flotte angeschlossen hätten, entbehren jeder Begründung.

Oesterreichs Ansehen an Großdeutschland.

Wien, 9. Nov. Das Präsidium des österreichischen Nationalrates hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, den staatsrechtlichen Ansehen Oesterreichs an die großdeutsche Republik durch Volksabstimmung herbeizuführen. Zur Vorbereitung der Anträge wurde eine besondere Kommission gewählt.

Die Bewegung im Auslande.

Generalkrieg in der Schweiz.

Bern, 9. Nov. Der Östere Arbeiter-Kongress hat im Einverständnis mit den schweizerischen Gewerkschaften auf den heutigen Sonnentag für die Dauer von 24 Stunden den Generalkrieg proklamiert, um gegen die militärische und bürgerliche Diktatur zu protestieren.

Da die Züricher Regierung dem Schweizer Bundesrat mitteilte, daß infolge der Jahresfeier der russischen bolschewistischen Revolution revolutionäre Unruhen in Zürich ausbrechen könnten, verfügte der Bundesrat ein Aufgebot mehrerer Infanterie- und Kavalleriebrigaden. Der Bundesrat bemerkt in einer amtlichen Mitteilung, daß er nicht gestatten werde, daß die Schweiz zum Versuchsfeld bolschewistischer Wühlereien werde. Aus diesem Grunde hat der Bundesrat auch beschlossen, jeden Verkehr mit der Sowjetmission abzubringen und diese aufzufordern, die Schweiz zu verlassen.

Spanien.

Amsterdam, 8. Nov. Einem hiesigen Blatte zufolge erfahren die „Times“ aus Madrid: Die reformistische Partei gab ein Manifest aus, in dem eine Beschneidung einiger Vorrechte der Krone, Auflösung der jetzigen Cortes, gründliche Reform des Wahlsystems, Abschaffung des Senats, Selbstverwaltung der Gemeinden und Kreise und eine internationale Politik gefordert wird, die in engen Beziehungen mit England, Frankreich und Italien sowie in Übereinstimmung mit Wilsons Grundsätzen gegründet ist. Kerrour forderte im Namen der Radikalen die Einführung der Republik. Man erhebe eine neue Regierung unter Garcia, Prieto und Alba.

Eine deutsche Antwort.

Washington, 7. Nov. (Drahtlos.) Der Staatssekretär macht die folgende Note an den schweizerischen Gesandten bekannt:

7. November 1918.

Geehrter Herr!

Ich habe die Ehre, Sie zu bitten, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf das Folgende zu lenken:

In ihrer Note vom 20. Oktober hat die deutsche Regierung erklärt, daß die deutschen Truppen streng den Befehl hätten, Privateigentum zu schonen und, soweit irgend möglich, Rücksicht auf die Bevölkerung zu nehmen. Nun hat die Regierung der Vereinigten Staaten erfahren, daß die deutschen Behörden in Belgien den Kohlenbergwerksgesellschaften angezeigt haben, daß alle Menschen und Tiere die Gruben verlassen sollen, und daß alle im Besitz der Gesellschaften befindlichen Rohmaterialien den Deutschen ausgetauscht werden sollen, und daß die Gruben sofort zerstört werden würden. Solche Uebervorfälle und bössartigen Handlungen, die die Vernichtung ihrer Lebensnotwendigkeiten für die bürgerliche Bevölkerung von Belgien und weiterhin Leben und Verluste an Menschenleben einschließen, müssen auf die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten notwendig den Eindruck machen, daß sie absichtlich grausam und inhuman sind. Wenn die Handlungen, die eine flagrante Verletzung der Erklärung vom 20. Oktober darstellen, ausgeführt werden, so wird das den Glauben befähigen, daß die festerlichen Versicherungen der deutschen Regierung nicht in gutem Glauben gegeben wurden. Unter diesen Umständen legt die Regierung der Vereinigten Staaten, der die Erklärung vom 20. Oktober gegeben worden ist, nachdrücklich Protest ein, angeht die Maßnahmen, die die deutschen Behörden im Sinne haben, für deren Verhalten die deutsche Regierung vollumfänglich verantwortlich ist.

Gemeinlich Sie die wiederholte Versicherung meiner hohen Verköpfung!

ges.: Robert Lansing.

Hierzu erfährt WB.: Die Reichsregierung hat die in der Note vom 20. Oktober dem Präsidenten Wilson gegebenen Zusicherungen genau und loyal erfüllt. Es sind damals sofort Befehle an die Truppen ergangen, Privateigentum zu schonen und jede mögliche Rücksicht auf die Bevölkerung der besetzten Gebiete zu nehmen.

Nachdem am 27. Oktober von neutraler und belgischer Seite behauptet worden war, daß mit der Zerstörung oberirdischer Anlagen von Bergwerken bei Mons begonnen werde, hat die Regierung auf Anfrage bei der Deckschleitung von dieser am 20. Oktober die Erklärung erhalten, daß mit der Zerstörung der belgischen Bergwerke an keiner Stelle begonnen worden sei. Es seien lediglich gewisse Vorbereitungen getroffen worden, um bei Fortdauer der militärischen Operationen durch Ankerbetriebssetzung einzelner Maschinen die Fördermöglichkeit für etwa drei Monate zu unterbrechen.

Um auch eine solche vorübergehende Schädigung der belgischen Bergwerke zu vermeiden, hat die Reichsregierung am 31. Oktober den Regierungen Spaniens und Hollands vorgeschlagen, die Gruben vollständig unterstellt in ihren Besitz zu nehmen. Eine Stellungnahme der belgischen Regierungen zu diesem Vorschlage liegt noch immer nicht vor. Trotzdem sind auch jetzt noch keinerlei Zerstörungen belgischer Bergwerke vorgenommen worden.

Kleine politische Nachrichten.

Die Parlamentarisierung in Hessen-Darmstadt. Der Großherzog verordnete: Bis zur endgültigen Regelung der schwebenden Fragen und mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage wird zur Mitwirkung bei den Regierungsgeschäften ein Staatsrat gebildet, dem neben den im Amte befindlichen Ministern beide Kammern und die Landstände angehören. Unser Staatsministerium ist mit der Ausführung beauftragt worden.

In Mecklenburg soll endlich eine auf den Grundsätzen des parlamentarischen Systems beruhende Landesverfassung eingeführt werden, der eine Vertretung des Volkes durch die Kammer, welche auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrechts gebildet wird, vorsteht. Den Mitgliedern des Staatsministeriums wird die Entlassung aus den Ämtern in Gnaden gewährt, und es soll bald ein neues Ministerium aus einer größeren Zahl von Angehörigen der in Mecklenburg vertretenen Parteien der Linken des Reichstages gebildet werden.

Der Gefangenenaustausch mit Frankreich ist am 15. Oktober wieder aufgenommen worden. Zur Verhütung der Angehörigen, welche die Rückkehr der Truppen mit begreiflicher Ungeduld erwarten, sei gesagt, daß sich der Austausch vollkommen regelmäßig vollzieht. In jeder Woche treffen zwei Züge mit rund 1500 deutschen Kriegsgefangenen Offizieren und Mannschaften in Deutschland ein.

Ueber den Durchgang Rodens ist noch keine Entscheidung eingetroffen.

Der Soldatenrat in Oldenburg.

dem zur Verbreiterung seiner Grundlage und Unterstützung seiner ruheverhaltenden Absichten der Landtagsabgeordnete T. A. H. Meyer und der Stadtratsvorsitzende Dr. Meyer als Beirat angeschlossen sind, hatte gestern eine Aussprache mit dem Offizierkorps. Dabei wurde eine vollständige Einigung erzielt. Das Offizierkorps der Garnison nimmt die Neuordnung als vollendete Tatsache hin und stellt sich auf den Boden derselben. In Gemeinschaft mit dem Soldatenrat beschloß man, den militärischen Dienst wieder durchzuführen. Der Soldatenrat arbeitet auch gemeinsam mit der Garnisonverwaltung. Im Interesse der Ruhe setzt er alles ein, das auf ihn in der Hand zu behalten. Eine Gegenbewegung hält er hier für ausgeschlossen und auch für völlig erfolglos. Es wäre seiner Ansicht nach Wahnsinn, an eine Aufhebung zu denken, angesichts der Vorgänge im ganzen Reich und in Berlin, Witten und Munition hält der Soldatenrat in strengem Gewahrjam. Jeder Bolschewismus soll strenge verhindert werden. Die allgemeine Entwicklung wird die Dinge von selber reifen. Jede Gewalttat ist verpönt. Auch mit den Gewerkschaften ist der Soldatenrat darin eines Sinnes. Der Soldatenrat läßt es sich besonders angelegen sein, die Ernährungszustände in den Kasernen da, wo sie zu Klagen Anlaß geben, zu bessern. Die Verpflegung in den Kasernen war hier im großen und ganzen bislang schon zufriedenstellend.

Für den heutigen Tag sind besondere Unternehmungen nicht geplant. Alle Gerüchte darüber sind gegenstandslos.

Öffentliche Versammlungen.

Heute findet in Rade bei „Reichsrot“ um 8 Uhr eine Versammlung statt, in der der Landtagsabgeordnete Meyer aus Rühringen sprechen wird. Am Montagabend wird hier in der „Union“ eine öffentliche Volksversammlung stattfinden, in der der Schriftleiter Stellung aus Rade, der von der letzten Wahl bekannte sozialdemokratische Reichstagskandidat für Oldenburg, spricht, das heißt, wenn der Zugverkehr seine Reise hierher möglich macht. Andernfalls tritt Abg. Rade, Herr Hug-Rühringen für ihn ein.

Es wurde folgendes

Ausgesprochen:

Arbeiter, Bürger!

Dank der Besonnenheit aller Kreise ist die Ruhe und Ordnung nirgendwo gestört. Die Arbeit wird überall aufrecht erhalten, das Geschäftsleben geht ungehindert seinen Gang.

Zwischen dem Soldatenrat und dem Garnisonkommando sind Vereinbarungen getroffen, die die öffentlichen Ordnung sicherstellen.

Die natürlichen Wünsche auf Verbesserung der Lebensmittelversorgung, die an uns gestellt sind, sind zu verstehen; alle Kreise der Bevölkerung müssen jedoch berücksichtigen, daß es geradezu verwerflich wäre, jetzt die Versorgung zu erhöhen, um darnach vielleicht sie weiter herabsetzen zu müssen, oder gar Not eintreten zu lassen, wenn dann die Vorräte vergraben sind. Die Unfähigkeit der Verhältnisse macht den Lebensmitteltransport außerst schwierig, so daß mit den Vorräten haushälterisch umgegangen werden muß.

Die Arbeiterschaft aller Berufe versuchen wir, die Arbeit überall aufrecht zu erhalten und sich nicht von fremden Elementen zur Arbeitseinstellung oder leeren Demonstrationen verleiten zu lassen.

Wünsche aus dem Arbeitsverhältnis sind durch die Organisationen der Gewerkschaften und die Angestelltenverbände zu erledigen zu bringen.

Wo Personen im Namen des Soldatenrats Handlungen vornehmen wollen, sind solche Handlungen oder Aufträge als im Namen des Soldatenrats folgend nur dann anzusehen, wenn die Personen sich durch Ausweis, mit dem Stempel des hiesigen Garnisonkommandos und des Soldatenrats versehen, legitimieren können.

Ansuchen um Zuweisung von militärischen Arbeitskräften sind, wie bisher, an die dazu eingesetzten militärischen Stellen zu richten.

An die Soldaten ist die Mahnung gerichtet, wie bisher die militärischen Obliegenheiten zu erfüllen und, wo sie zur Arbeitseinstellung kommandiert sind, ihre Pflicht zu tun.

Die behördlichen Organe, Garnisonkommando und Soldatenrat wirken zusammen, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Die Landbevölkerung bitten wir im eigenen Interesse des Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit, den behördlich vorgeschriebenen Verpflichtungen der Ablieferung von Lebensmitteln nachzukommen.

Nur wenn die Lebensmittelversorgung der ganzen Bevölkerung sichergestellt wird, kann Ruhe und Ordnung herrschen. Mögen alle Kreise, die zur Ablieferung verpflichtet sind, sich dessen bewußt sein!

Alle bisher erlassenen gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen bleiben in Kraft. Wenn alle Volksteile im treuen Zusammenwirken ihre Pflicht erfüllen, bleibt die Ordnung gewährleistet.

Das Garnisonkommando. Der Soldatenrat.

Das Gewerkschaftsrat.

* Einwarden, 8. Nov. Auf Friedrich Berst erschien Freitagmorgen eine Abordnung des Garnisonkommandos; auf deren Wunsch wurde um 10 Uhr mit Einwilligung der Direktion die Arbeit niedergelegt. Sämtliche Arbeiter sowie die Mannschaften der am hier liegenden Marinefabrikzeuge veranfaßten dann einen Zug durch den Ort, woran sich eine Versammlung im „Goldenen Löwen“ anschloß. Darin hielt ein Matrose eine aufrüttelnde Ansprache über die Aufgaben der Soldaten- und Arbeiter- räte. Alles verlief in musterhafter Ruhe und Ordnung, und Sonnabend wird die Arbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen.

* Jener, 8. Nov. Die Bewegung, die von Kiel ausging und sich über Wilhelmshaven, Hamburg, Bremen erstreckte, hat auch unsere Stadt erreicht. Nachdem schon am Mittwochabend im Aufbruch an die Wilhelmshavener Vorgänge im „Schützenhof“ eine vorbereitende Versammlung stattgefunden hatte, fand gestern abend 8 Uhr eine von über tausend Personen besuchte Massenversammlung im „Schützenhof“

γ

Zur Frage der jugendlichen Arbeiter nach dem Kriege.

Bei nun der Friede wie er sollte — er wird zunächst außer Wirtschaftlichen, das sich in vier Kriegsjahren so vollständig auf den Krieg einstellen mußte, schwer erschüttern.

Die großen Rüstungsbetriebe haben Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen zusammengezogen, haben alle Arbeitskräfte, die nicht im Felde gebraucht wurden, an sich gerissen und jahrelang beschäftigt. Kleinhandwerker und Kaufleute, denen der Krieg den Betrieb schloß, denen der Verdienst zu gering wurde, Hausfrauen und Dienstmädchen, denen der Krieg das irgendetwas Geld verdienen verboten, fanden hier ohne weiteres willige Aufnahme.

Diese gewaltige Masse ungelerner Arbeiter verlor beim Friedensschluß zunächst ihren Verdienst, auch wenn die Betriebe noch so vorläufig abgebaut wurden. Das ist sicher eine schwere und gefährliche Zeit für unser Volk, aber doch nur eine Uebergangszeit, denn alle diese Menschen hatten bereits ihren Platz im Leben und werden ihn mit der Zeit wiederfinden.

Die dauernde Gefahr liegt auf einem andern Gebiet. Denn nicht nur diese erwachsenen Menschen, auch die große Masse der Jugendlichen von 14 bis 18 Jahren steht mit in den Kriegsbetrieben. Da half kein abgeschlossener Lehrbrief und kein Verdienst für die Zukunft — leider auch kein Gehalt —, von der Schulbank fort und aus der halbvollebten Lehre drängten sie wie die Motten ins Licht, in die gutgezahlten Arbeitsstellen, die der Krieg für sie geschaffen hatte, und die nichts von ihnen verlangten als ein Paar fleißig gefundener Arme.

Wo sollen sie, diese jungen und unerfahrenen Menschen, bleiben, wenn der Friede ihnen die Arbeit nimmt? Sollen sie die große Menge der ungelerten Arbeiter noch vermehren? Sollen sie nun, weil sie das Unglück hatten, gerade in diesem Alter vom Kriege betroffen zu werden, sollen sie nun für alle Zukunft um das Glück gebracht sein, irgend etwas lernen zu können? Waren sie wirklich nur selbst daran schuld, daß sie Schulbank und Lehre vorzeitig verließen, nur gebend von dem augenblicklichen großen Verdienst? Waren sie nicht in manchen Fällen einfach gezwungen, für den im Felde stehenden Familienernährer mit einzustimmen und die längste Unterfütterung der Mutter durch ihren Verdienst zu erhöhen?

Und wenn man dies alles nicht gelten lassen will — kann der Staat, kann das Volk auf drei oder vier Jahrgänge seiner Handwerker, Kaufleute und Baumann einfach verzichten, und stellen sie nicht vielleicht sein kostbares Gut in hoher Zukunft vor?

Nein, so furchtbar dürfen wir die jungen Leute nicht streifen, so blind darf der Staat nicht sein. Und wenn es noch so schwierig ist, wir müssen ihnen die durch den Krieg vernichtete Lebensöffnung wiedergeben, dürfen sie das schöne Vorrecht der Jugend, zu wählen und zu lernen, nicht berauben.

Über wie ist da zu helfen? Die Vierzehnjährigen sind inzwischen achtzehn geworden, die Knaben von sechzehn sind heute junge Männer von zwanzig Jahren. Sie können nicht wieder in eine Lehre treten, die einfach fortgesetzt wird, als ob es nie einen Krieg gegeben hätte, und doch sollen sie in ihrem Fache weitergebildet, sollen sie tüchtige Gesellen, Kaufleute oder Baumeister werden.

Eine doppelte Aufgabe ist hier zu lösen, denn einmal sollen die Halbausgebildeten ihre Lehrzeit vollenden, dann aber muß es auch anderen jungen Leuten, etwa bis zum achtzehnten Jahre, die sofort von der Schule in die Fabrik gingen, möglich gemacht werden, noch einen Beruf gründlich zu erlernen.

Beides geht nur, wenn ihnen ganz besondere Bedingungen geschaffen werden. Was ist zu tun?

Mehrere Stellen haben sich bereits mit dieser Frage beschäftigt. Der Verband Deutscher Arbeitsnachweise verlangte z. B. in einer Eingabe an den Reichskanzler u. a. folgendes:

- a) Eine den besonderen Verhältnissen dieser bereits erheblich tätig gemessenen Jugendlichen angepasste Gestaltung des Lehrverhältnisses, insbesondere bessere Entlohnung des Lehrlings;
- b) Abkürzung der Lehrzeit, wenn möglich unter Voraussetzung eines entsprechenden Teiles der in der Kriegszeit verbrachten Arbeitszeit;
- c) geeignete Gestaltung der Lehrstellenvermittlung, die in enge Verbindung mit der Berufsberatung zu bringen ist, und deren Aufgabe es ist, gerade für solche jugendliche geeignete Lehrstellen zu beschaffen.

Das sind also Forderungen, die schon bestimmte Vorzüge enthalten und, kurz gesagt, bessere Bezahlung und eine längere Lehrzeit verlangen.

Diese beiden Punkte geben den Ausschlag. Unter den jetzt bestehenden Verhältnissen, bei einer Bezahlung von etwa 6–10 Mk. wöchentlich, ohne alle weiteren Zugaben, ist eine längere Lehrzeit unmöglich durchzuführen. Zugewinn von Staat oder Gemeinde wird wohl kaum zu erzielen, aber vielleicht von den betreffenden Berufsvertretungen; aber darin allein kann das Ziel nicht liegen. Durch eine unparteiische Vermittlung muß hier ein Ausgleich zwischen Meister und Lehrling geschaffen und möglichst eine Bezahlung erreicht werden, welche der geleisteten Arbeit wirklich entspricht und mit ihr steigt.

Ebenso ist es mit der Verkürzung der Lehrzeit. Es

Der deutsche Generalstab meldet:

Großes Hauptquartier, 9. Nov. 1918. Amtlich.

Wesentlicher Kriegsschauplatz.

Der auf dem Westufer der Schelde gelegene Teil von Journal wurde von uns geräumt und vom Engländer besetzt. Zwischen der Schelde und Duse und westlich der Maas haben wir unsere Linie planmäßig zurückverlegt. An einzelnen Stellen haben sich hierbei Nachkämpfe entwickelt. Der Feind hat in diesem Abschnitt die Linie Bernwez—westlich St. Christain—westlich von Maubesse—südlich und südöstlich von Mesnes erreicht und ist westlich der Maas bis in Linie Mart—Warby und an die Maas westlich von Sedan gelangt.

Auf den östlichen Maashöhen fanden Teilkämpfe statt.

Der Erste Generalquartiermeister: Groener.

geht nicht an, diese eingehend, etwa, wie vorgezeichnet, unter Anrechnung eines Teiles der abgetretenen Kriegsdienst- oder Arbeitszeit, zu verlinken, denn es gilt ja nicht, die jungen Leute zu Gesellen zu ernennen, sondern ihnen die noch fehlenden Kenntnisse beizubringen. Das ist festzuhalten; hiermit allein ist allen Teilen gedient.

Jeder einzelne Fall muß also besonders geregelt werden. Wänter wird sich Mühe in die alte Lehrstelle empfehlen, mitunter vielleicht Zusammenziehung der Lehrlinge in einem größeren Betrieb, am besten Staatsbetrieb, zu energischer betrieblicher Lehre. Ein großes Stück dieser Ausbildung muß auch die Fortbildungslehre übernehmen durch besondere Lehrgänge mit allseitigster Aufnahme der praktischen Arbeit in ihren Lehrplan.

Etwas halbjährlich wären dann Gesellenprüfungen anzusetzen, damit die spätere Lehrlings-Gesellenzeit haben, so bald als möglich zu beweisen, was sie gelernt haben.

Die Hauptverleugung, etwas zu erreichen, liegt wohl darin, daß eine Stelle fehlt, welche alle diese Vermittlungsarbeit in die Hand nimmt. Wenn als dritter Punkt in der obenverordneten Eingabe an den Reichskanzler hierfür die enge Verbindung zwischen Lehrstellenvermittlung und Berufsberatung verlangt wird, so ist leider zu bemerken, daß sich bisher nur wenige Städte solcher Einrichtungen erfreuen. Vielleicht ließe sich für Oldenburg etwas Ähnliches beim Landesarbeitsnachweis schaffen. Jedenfalls ist eine gezielte Regelung zu erwarten. Aber soll man warten, bis man gezwungen wird, etwas zu tun? Niemand weiß, wie sich die Verhältnisse entwickeln; vielleicht, ja, hoffentlich, schließt der Friede die Rüstungsbetriebe schon in aller nächster Zeit. Wenn es dann nicht gelingt, die jungen Leute sofort bei ihrem Freiwerden in die Hand zu bekommen, so ist es sicher zu spät. Dann haben wir für den schweren Wirtschaftskrieg im Winter ein paar Jahrgänge unserer besten Arbeitskräfte verloren, das Heer der unzufriedenen vermehrt und Tausenden von hoffnungsvollen jungen Menschen den Aufstieg für immer unmöglich gemacht.

Aus dem Großherzogtum.

Der Reichsrat unter der Leitung des Reichspräsidenten hat am 9. Nov. mit großer Mehrheit beschlossen, die Bestimmungen des Reichsgesetzes über die Arbeitsvermittlung und die Arbeitsbeschaffung in Kraft zu setzen.

Oldenburg, 10. Nov.

Lebensmittelversorgung.

Der Magistrat schreibt uns, daß die Lebensmittelversorgung für die Zivilbevölkerung und für das Militär in der Stadt Oldenburg gesichert ist, vorausgesetzt, daß Ruhe und Ordnung nicht gekürzt werden.

* Über die neuen Wilscharten siehe die Mitteilung im Angeheimeil.

* Was der Magistrat verteilt, sagt die heutige Anzeige.

a. Brate, 7. Nov. Gestern abends fand im großen Saale des Zentralthotels der erste der acht für diesen Winter geplanten Vortragsabende statt, zu dem sich eine große Zahl Teilnehmer aus unserer Stadt und der Umgegend, besonders von der nördlichen Bahnstraße, eingefunden hatte, der beste Beweis, daß sich die Menschen in dieser ersten Zeit gerne einmal von den auf ihnen schwer lastenden Sorgen für einige Stunden befreien wollen. Der Abend war Richard Wagner gewidmet. Vor Beginn verlas Herr Otto Schabbel die neue Note des Präsidiums Wilton, die durch Funkpruch sofort eingelaufen und mit größter Ruhe angehört wurde. Eingeleitet wurde der Abend von Fr. Veringhausen mit dem Spinnereimischer aus dem „Alteigenen Holländer“ in der Bearbeitung von Franz List, dem Fr. B. nach den „Gewittern“ aus dem „Aeolus“, ebenfalls in der List'schen Bearbeitung, folgen ließ. Mit beiden, frei aus dem Gedächtnis gehalten, zeigte die jugendliche Pianistin eine bedeutende technische Fertigkeit auf dem Klavier. Fr. B. hatte auch die Begleitung zu den Gesangsvorträgen des Herrn Stiegler übernommen und errang auch damit bei unsrer von früher durch Herrn Höbel in diese Hinsicht

sehr verdienstlichen Publikum einen durchschlagenden Erfolg. Herr Stiegler sang die beiden Gesänge Wolfram, den „Waldmännchen“ Hans Sachsens und dessen Anspruch auf der Weltweise. Wir haben hier in den letzten Jahren seinen sehr guten Bariton gehört und würden uns freuen, denselben bald einmal hier wieder hören zu können. Die Klavier- und Gesangsvorträge umrahmten den Vortrag des Herrn Schabbel über „Richard Wagner und den deutsche Gedanke“. In etwa einstündiger Rede brachte Herr Schabbel nicht nur ein kurzes Lebensbild des Meisters, sondern zeigte besonders, wie in dessen Werken der deutsche Gedanke lebendig wurde. Es ist uns leider nicht möglich, aus der Fülle der Gedanken auch nur kurz den Inhalt zu skizzieren; das darf aber der Herr Vortragende als Erfolg buchen, daß manche der Zuhörer einmal wieder die Werte Richard Wagners ansehen werden, und das ist gewiß der schönste Lohn! — Mit diesem Richard Wagner-Abend scheint uns die Reihe der Vortragsabende recht verheißungsvoll eröffnet zu sein. Am 18. d. M. wird Prof. Wempe-Oldenburg den zweiten Vortrag halten. Die Zahl der Mitglieder für die Abende ist bereits auf über 300 gestiegen. — In der letzten gemeinschaftlichen Versammlung des Magistrats und Stadtrats wurde eine Änderung des Tarifs der Räumlichen Lage an der Schulstraße und zugleich eine Neuordnung der Vergütung für die Bodenreinigung beschlossen. Für den und Stroh ist für je 100 Kilogramm Nettogewicht 10 $\frac{1}{2}$ zu zahlen, für Torf, Kohlen, Eisen, sowie alle schwereren Gegenstände bei Kubern bis 1000 Kilo netto einschließlich für bis über 300 $\frac{1}{2}$ von 2000 Kilo netto 80 $\frac{1}{2}$, von 2–3000 Kilo netto 120 $\frac{1}{2}$ und von 3–5000 Kilo netto 150 $\frac{1}{2}$ Kilo netto; für jede einzelne Abgabe von 10–250 Kilo netto 40 $\frac{1}{2}$, über 250 Kilo: ein Stück Großvieh 50 $\frac{1}{2}$, Kleinvieh 25 $\frac{1}{2}$. Die Vergütung für die Bodenreinigung der Wege beträgt jährlich 200 $\frac{1}{2}$ und daneben ein Betrag der zu erhebenden Gebühren im Mindestbetrage von 200 $\frac{1}{2}$ jährlich. — Für die Ausstellung des Landesverbandes oldenburgischer Räumungsvereine in Delmenhorst bewilligte der Stadtrat 50 $\frac{1}{2}$. Zum Gemeindevorsteher wurde der Gemeindevorsteher aus dem besten Schlichter der Zimmermeister Bergmann-Wiltschewitz bestimmt. Die Gebühren des Magistrats für die Stadt Brate finden vom 18. bis zum 29. November, vormittags von 9 bis 12 $\frac{1}{2}$ Uhr, statt. Im Richtungsabteilung wird die Kasse für die Abgabe von Abgaben vornehmen lassen. — Die hiesige Sparkasse hat für sich und ihre Einleger zur 9. Kriegsanleihe eine Million Mark gezeichnet.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Strafsaats Oldenburg. Der Kluch kaiserlicher Papiere. Am 18. Februar 1918 wurde in Oldenburg ein junger Mensch in das Gefängnis eingeliefert, der sich mehrerer Einbruchsdiebstähle zur Erlangung von Lebensmitteln schuldig gemacht hatte. Er nannte sich Walter Grunert, zeigte auf diesen Namen laute Papiere vor und ließ sich unter ihm in das Gefangenensverzeichnis eintragen. Da Walter Grunert schon mehrmals auf dem Kerbholz hatte, wurde der Verhaftete am 26. März von der Strafkammer zu einem Jahr Gefängnis wegen schweren Diebstahls verurteilt. In Wirklichkeit handelte es sich aber um den erst 17-jährigen, unbefristeten entlassenen Häftling Hermann Steinhardt, der auf irgend eine Art in den Besitz der Papiere des Gr. gekommen war und nicht wußte, daß dieser Verhaftete hatte. Im Gefängnis kam der Verurteilte dann zum Bewußtsein, welche Todsünde er begangen hatte. Er meldete dies der Gerichtsbüro und erwirkte ein Wiederanfrageverfahren. Richtig wurde er nun auch noch wegen intellektueller Untermordung angeklagt bezüglich der falschen Entlohnung. Trotzdem kam er aber mit vier Monaten Gefängnis davon, unter Aufhebung des ersten Urteils.

Kaum zu verstehende Diebstähle beging der begüterte, 1884 in Sehestedt geborene, bei Stolhamm wohnende Arbeiter Peter Hochheiden. Er hat ein Vermögen von 20 000 $\frac{1}{2}$ und 20 Stück Vieh. Nichtsdestoweniger stahl er einem Landmann aus der Reihe ein Mutterstafel im Werte von 500 $\frac{1}{2}$ zum Schlachten und einem andern eine Menge aus dem Felde stehender Hahnergänzen. Der Staatsanwalt beantragte 2 Wochen Gefängnis. Die Strafkammer hielt aber diese Strafe, obgleich der Angeklagte in der Tat sehr reich war, für zu niedrig. Er wurde „reiner Hahner“ gehalten. Dabei ist auf 10 Monate Gefängnis erkannt worden.

500 $\frac{1}{2}$ und 20 Stück Vieh verschwanden in einer Nacht aus einer Kuhle bei Oldenburg. In einiger Entfernung von der Kuhle entdeckte man eine Wagenspur, die nach dem Hause des Arbeiters Bernward Alfers führte. Seine Frau kam in den Verdacht des Diebstahls, obgleich die Kuhle nicht im Hause gefunden wurde. Die vorgeschundenen Fußspuren rührten von einer Person her, die — wie die Angeklagte — die Kuhle stark nach außen steht. Dazu wurde eine Wagennummer auf dem Wege gefunden, die zum Wagen der Angeklagten paßte, in dem sie bereits durch eine andere ersetzt war. Das Schöffengericht hat die Frau freigesprochen. Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft kam aber die Strafkammer zu einer Verurteilung, zumal Frau A. erst vor kurzem in einer Diebstahlsklage der Schlichter verurteilt war. Urteil: 1 Monat Gefängnis.

Wegen Abtreibungsversuchs hat die Arbeiterin Anastasia M. aus Delmenhorst 1 Monat und wegen Beihilfe dazu der Fräulein Pauline M. 5 Monate Gefängnis zu verbüßen.



Winkelhausen

Deutscher Cognac

Cognacbrünnerei
H. A. Winkelhausen
Paderborn, Steingasse 4

